

The SPD logo consists of a red square with the letters "SPD" in white, bold, sans-serif font centered within it.

SPD

BESCHLÜSSE DES
AUßERORDENTLICHEN
PARTEIKONVENTS

27. SEPTEMBER 2013, WILLY-BRANDT-HAUS IN BERLIN

UND DES FORTGESETZTEN
AUßERORDENTLICHEN
PARTEIKONVENTS

AM 20. OKTOBER 2013, WILLY-BRANDT-HAUS IN BERLIN

www.spd.de

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|------------|
| I. Beschlüsse vom 27. September | 3-4 |
| II. Weitere Anträge | 4 |
| III. Beschluss vom 20. Oktober | 5-7 |
| IV. Weitere Anträge | 7 |

I. Beschlüsse des außerordentlichen Parteikonvents am 27.9.2013

Angenommene und überwiesene Anträge

Antrag IA 1 (angenommen)

Parteivorstand

Initiativantrag 1

Die SPD ist mit einem klaren Programm für einen Politikwechsel in Deutschland in den Wahlkampf gegangen und hat einen entschlossenen Wahlkampf gemacht. Sie hat im Wahlkampf den Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern gesucht und konnte sich auf den Einsatz ihrer
5 Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer vor Ort verlassen. Keine andere Partei hat einen solchen Einsatz gezeigt. Das Wahlergebnis zeigt:

1. Die CDU/CSU-FDP-Koalition hat keine Mehrheit mehr. Es wird keine Fortsetzung der Politik der schwarz-gelben Bundesregierung geben.
10

2. Eine Mehrheit für einen rot-grünen Politikwechsel konnten wir nicht erreichen, obwohl das Vertrauen der Menschen in die Sozialdemokratie leicht gestiegen ist. Aber das Wahlergebnis zeigt auch: Neues Vertrauen wächst nur langsam. Wir werden den Erneuerungsprozess daher fortsetzen.

15 3. Die Union ist in der Verantwortung. Der Ball liegt im Feld von Kanzlerin Angela Merkel. Sie ist von den Wählerinnen und Wählern beauftragt, eine handlungsfähige Regierung zu bilden.

4. Das Wahlergebnis ist für uns Auftrag und Verantwortung zugleich. Unsere Wählerinnen und Wähler erwarten von uns, dass wir bei unseren Inhalten verlässlich bleiben.
20

Die SPD steht nicht für eine Fortsetzung der bisherigen Politik der Regierung zur Verfügung, sondern nur für einen Politikwechsel. Wir verweigern uns Gesprächen nicht. Grundlage ist für uns das SPD-Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013. Die hier festgeschriebenen Anforderungen, insbesondere für eine Politik für gute Arbeit und die gerechte Weiterentwicklung der sozialen
25 Sicherungssysteme, gute Bildung und starke Forschung, eine gerechte und auskömmliche Steuer-, Finanz- und Haushaltspolitik, eine Stärkung der Kommunen, eine verantwortliche Gestaltung der Energiewende und Entwicklung und Sicherung der Infrastruktur in Deutschland, verantwortungsvolle Europapolitik sowie moderne Familien-, Gleichstellungs-, Integrations- und Gesellschaftspolitik, sind die Messlatte.
30

5. Die Gremien und Landesverbände der SPD werden vom Parteivorstand umfassend über mögliche Gespräche informiert und an möglichen Entscheidungsprozessen fortlaufend beteiligt. Dabei wird fortlaufend eine breite Meinungsbildung herbeigeführt um eine breite Akzeptanz zu erreichen. Über die Aufnahme möglicher Koalitionsverhandlungen entscheidet der Parteikonvent.
35 Über die Ergebnisse möglicher Koalitionsverhandlungen wird ein verbindliches Mitgliedervotum eingeholt, an dem alle Mitglieder beteiligt werden. Der Parteivorstand wird ein Höchstmaß an Transparenz und innerparteilicher Demokratie gewährleisten.

Antrag So1 (überwiesen an den nächsten ordentlichen Parteikonvent)
Unterbezirk Hildesheim (Bezirk Hannover)

Handlungsbedarf bei Stromschulden

Die SPD ist besorgt über die zunehmende Problematik der Stromschulden und setzt sich ein für
- eine gesetzliche Verankerung des Verbots der Stromabschaltung im Winterhalbjahr (Sept. – März)

5 - eine gesetzliche Verankerung des Verbots der Stromabschaltung für Familien mit Kindern unter 14 Jahren

- eine Bereitstellung eines pre-paid Modells mit kleinen Beträgen von allen Stromanbietern für die Fälle, in denen sich Stromschulden angehäuft haben oder sich anzuhäufen drohen.

II. Weitere Anträge

1. Für erledigt erklärt wurden die Anträge:

KOA1; KOA2; KOA3; KOA4; KOA5; KOA6; KOA7; KOA8; KOA9; KOA10; KOA11;
KOA13; KOA14; KOA15; KOA16; KOA17; KOA18; KOA19; KOA20; KOA21; KOA22;
KOA23; KOA24; KOA25; KOA26; KOA27; KOA28; KOA29; KOA30; KOA31; KOA32;
KOA33; KOA34; KOA35; KOA36; KOA37; KOA38; KOA39; KOA40; KOA41; KOA42;
KOA43; KOA44; KOA45; KOA46; KOA47; KOA48; KOA49; KOA50; KOA51; KOA52;
KOA53; KOA54; KOA55; KOA56; KOA57; KOA58; KOA59; KOA60; KOA61; KOA62;
KOA63; KOA64; KOA65; KOA66; KOA67; KOA68; KOA69; KOA70; KOA71; KOA72;
KOA73; KOA74; KOA75; KOA76; KOA77; KOA78; KOA79; KOA80; KOA81; KOA82;

2. Abgelehnt wurde der Antrag:

KOA12;

III. Beschluss von der Fortsetzung des außerordentlichen Parteikonvents am 20.10.2013

Angenommener Antrag

Antrag IA 2 (angenommen)

Partei Vorstand

Verantwortung für mehr soziale Gerechtigkeit

Die SPD will regieren für ein sozial gerechteres und ein modernes, weltoffenes und freiheitliches Deutschland, das sich seiner internationalen Verantwortung stellt.

- 5 Nachdem die Verhandlungsgruppe der SPD nach drei Sondierungsgesprächen mit den Vertreterinnen und Vertretern von CDU und CSU einvernehmlich die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen mit CDU und CSU empfiehlt, stimmt der SPD-Parteikonvent der Aufnahme formeller Koalitionsverhandlungen mit dem Ziel einer gemeinsamen Regierungsbildung zu.

10

Das Ziel dieser Koalitionsverhandlungen muss eine deutliche Verbesserung für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land sein, denn dafür macht die SPD Politik. Wir wollen Fortschritte in den Punkten erreichen, für die wir bei der Bundestagswahl angetreten sind. Grundlage für unsere Verhandlungen ist daher das Regierungsprogramm der SPD, wie es auf dem Außerordentlichen

- 15 Bundesparteitag am 14. April 2013 in Augsburg beschlossen wurde. Für alle dort aufgeführten Themen werden wir in den Verhandlungen streiten.

Wir werden in der Sache hart verhandeln, damit am Ende eine handlungsfähige Regierung steht. Dafür sind auch Kompromisse nötig. Allerdings hält der SPD-Parteikonvent im Lichte der

- 20 Sondierungen folgende Punkte für unverzichtbar:

1. Wir wollen, dass sich in Deutschland Arbeit wieder für alle lohnt. Wir wollen deshalb gerechte Löhne für gute Arbeit. Dazu zählt u.a. die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von 8,50 € pro Stunde (in Ost und West), die wirksame Bekämpfung des
- 25 Missbrauchs von Leih- und Zeitarbeit und sogenannter „Werkverträge“, sowie die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung von Arbeitsverträgen.

2. Wir wollen Altersarmut dauerhaft verhindern. Nach einem langen Arbeitsleben (45 Jahre) muss eine gute Rente ohne Abzüge stehen. Wir wollen die Absicherung erwerbsgeminderter Menschen
- 30 verbessern. Wir wollen eine Angleichung der Rentensysteme in Ost- und Westdeutschland.

3. Wir wollen umfassende Verbesserungen bei der Pflege erreichen. Wir wollen die Pflegebedürftigkeit besser anerkennen, um die Situation der Pflegebedürftigen, von Angehörigen und Menschen, die in der Pflege arbeiten, zu verbessern. Wir wollen zusätzliche Anstrengungen
- 35 unternehmen um Pflegebedürftigkeit zu vermeiden. Um diese Ziele zu erreichen wollen wir den Beitrag zur Pflegeversicherung anheben.

4. Die Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Bereichen wollen wir verbessern. Dazu

40 wollen wir u.a. den Grundsatz „gleiches Geld für gleiche und gleichwertige Arbeit“ auch zwischen
Frauen und Männern durchsetzen. Außerdem wollen wir durch verbindliche Regelungen für mehr
Frauen in Führungspositionen sorgen. Moderne Gesellschaftspolitik muss die alten Rollenmuster
überwinden und die Vereinbarkeit von familiärer Sorge und Beruf verbessern. Das unterscheidet
unseren Weg von dem falschen Pfad, den die Bundesregierung mit dem Betreuungsgeld
eingeschlagen hat. Wir wollen auch die Situation von gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften
45 verbessern.

5. Zum gesellschaftlichen Zusammenhalt gehört auch die gleichberechtigte Teilhabe der Zuwanderer
in unserer Gesellschaft. Deutschlands Kinder sollen auch deutsche Staatsbürger bleiben, deshalb
wollen wir den Optionszwang abschaffen und Mehrstaatigkeit bei der Einbürgerung ermöglichen.
50 Und wir wollen Verbesserungen für Flüchtlinge erreichen.

6. Wir wollen die Kommunen finanziell stärken und von Kosten sozialer Leistungen nachhaltig
entlasten, u.a. durch ein Bundesteilhabegesetz bei der gleichberechtigten Teilhabe von Menschen
mit Behinderungen. Zudem wollen wir Verbesserungen beim Mieterschutz und für bezahlbare
55 Mieten erreichen.

7. Zu einer starken Wirtschaft gehört eine starke Infrastruktur. Wir werden zusätzliche
Anstrengungen unternehmen, sie zu erhalten und auszubauen. Privatisierungen halten wir dabei für
den falschen Weg. Wir wollen die Energiewende zu einem ökologischen, sozialen und
60 wirtschaftlichen Erfolg führen.

8. Bildung, Ausbildung und Wissenschaft sind für Deutschland im 21. Jahrhundert die wichtigsten
Voraussetzungen, um Wohlstand und sozialen Zusammenhalt zu sichern. Sie sind auch entscheidend
um den Fachkräftebedarf der Zukunft sicher zu stellen. Wir wollen daher unser Bildungssystem
65 stärken und mehr Chancengleichheit erreichen. Im schulischen und vorschulischen Bereich soll das
Bildungssystem so gestaltet werden, dass individuelle Förderung und die Vereinbarkeit von Familie
und Beruf verbessert werden. Verstärkte Investitionen in Schulen, Hochschulen und Wissenschaft
sollen die Qualität von Bildung, Lehre und Forschung gleichermaßen sichern. Dazu bedarf es neuer
Formen der Kooperation für Schulen und Hochschulen im Grundgesetz.

70 9. Finanzmärkte wollen wir wirksam regulieren. Um die Finanzmärkte an der Bewältigung
öffentlicher Aufgaben und der Krisenkosten zu beteiligen, wollen wir eine Finanztransaktionssteuer
einführen. Steuerbetrug wollen wir stärker bekämpfen, denn dieses Geld fehlt unserer Gesellschaft
für wichtige Aufgaben. Dazu gehört auch die Beachtung unserer internationalen Verpflichtungen im
75 Bereich Entwicklung und Klimaschutz.

10. Wir wollen Wachstum und Beschäftigung in Europa sichern und stärken. Dies wird nur
gelingen, wenn alle Staaten der EU und besonders innerhalb der Eurozone eine nachhaltige
Wachstumsstrategie mit einer nachhaltigen Finanzpolitik verbinden. Den Kampf gegen
80 Jugendarbeitslosigkeit auf europäischer Ebene werden wir verstärken. Wir wollen die EU
handlungsfähiger machen und ihre Strukturen durch Demokratisierung stärken. Wir brauchen in
Deutschland und in der EU verbindliche und restriktive Regeln für den Rüstungsexport und neue
Initiativen bei der Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik.

85 Ausgehend von unseren Finanzierungsvorschlägen werden wir in den Koalitionsverhandlungen auf
einer verlässlichen, soliden und gerechten Finanzierung aller Projekte von Kommunen, Länder,
Bund und Sozialkassen in einer künftigen Koalitionsvereinbarung bestehen, um die damit
angestrebten Verbesserungen auch tatsächlich zu erreichen. Wir werden keine sozialen Kürzungen

akzeptieren.

90

Eine starke Demokratie braucht auch eine Opposition. Die SPD will daher der Opposition im Bundestag die Wahrnehmung der Minderheitenrechte ermöglichen.

95 Der SPD-Parteikonvent beauftragt die noch zu bildende Verhandlungskommission auf der Basis dieser Kernforderungen die Koalitionsverhandlungen aufzunehmen.

Über die Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen wird ein verbindliches Mitgliedervotum eingeholt, an dem alle Mitglieder beteiligt werden. Für dieses Votum ist eine hohe Beteiligung wichtig. Um dieses Votum ausreichend zu legitimieren, wird in einem bundeseinheitlichen
100 Verfahren abgestimmt. Es wird jedem Mitglied die Möglichkeit gegeben per Briefwahl abzustimmen. Im Vorfeld der Abstimmung wird den Mitgliedern ausreichend Gelegenheit gegeben, den vorgelegten Koalitionsvertrag zu diskutieren, z.B. in vom PV organisierten Regionalkonferenzen.

IV. Weitere Anträge

1. Für erledigt erklärt wurden die Anträge:

KOA83; KOA84; KOA85; KOA86; KOA87; KOA88; KOA90; KOA93; KOA94; KOA95;
KOA97; KOA99; KOA106; KOA107; KOA109; KOA112; KOA115; KOA116; KOA117

2. Abgelehnt wurden die Anträge:

KOA89; KOA90; KOA91; KOA92; KOA96; KOA98; KOA100; KOA101; KOA102; KOA103;
KOA104; KOA105; KOA107; KOA108; KOA110; KOA111; KOA113; KOA114